



**Rainer Steenblock**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Reisebericht: Kiew-Odessa-Chisinau vom 7.-14. Juli 2007**



Blick auf den Dnepr in Kiew



Chisinau (Moldova)

Als Berichterstatter für die EU-Erweiterungs- sowie Nachbarschaftspolitik im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, bin ich vom 07. bis 14. Juli 2007 in die Ukraine und in die Republik Moldova gereist.

Im Rahmen meiner Berichterstattung wollte ich durch eine Reise in die Region zunächst sowohl in der Ukraine wie auch in der Republik Moldova eine aktuelle Einschätzung der politischen und ökonomischen Entwicklungen erlangen.

In der Ukraine ging es aufgrund der gegenwärtigen politischen Situation in den Gesprächen mit Partnern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hauptsächlich um die anhaltende Verfassungskrise und die zu erwartenden Ergebnisse der für den 30.9.2007 neu angesetzten Parlamentswahlen.

In Moldova lag natürlich die schwierige ökonomische Situation und vor allem der Transnistrienkonflikt im Vordergrund.

Darüber hinaus ging es in beiden Ländern hauptsächlich darum, die jeweiligen Einschätzungen der Verhandlungen zu den PKA-Nachfolgeabkommen mit der EU, der Implementierung der ENP-Aktionspläne, zum vorliegenden Vorschlag der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zur Weiterentwicklung der ENP sowie zu Möglichkeiten der regionalen Kooperation im Schwarzmeerraum oder innerhalb der GUAM einzuholen. Des Weiteren habe ich mir ein Bild der EUBAM (European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine) gemacht.

## **Ukraine**

In Kiew führte ich Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Publizistik und Zivilgesellschaft. Ich sprach mit der NU-Politikerin Prokopowytsch (Ausschuss für Europäische Integration der Rada), dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Rada, Schybko (SPU), dem PdR-Abgeordneten Kozhara (ukrainisch-deutsche Parlamentariergruppe), der PdR-Abgeordneten Bondarenko und dem Stellvertretenden Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Drizhtschany. Weiterhin traf ich mit ukrainischen Journalisten, dem Leiter der NRO "Voters' Committee", Popow, dem Leiter der EU-Kommission Ian Boag, der Delegierten der Deutschen Wirtschaft, Karin Rau und dem Berater von Präsident Juschtschenko und Botschafter a.D. Dietmar Stüdemann zusammen.

Im Rahmen eines von der Botschaft gegebenen Empfangs zu Ehren der deutschen OSZE-Parlamentarierdelegation hatte ich darüber hinaus die Gelegenheit zum Austausch mit Abgeordneten der ukrainisch-deutschen Parlamentariergruppe der Rada, Vertretern der ukrainischen Presse, deutscher Stiftungen und von Deutschland geförderter Stipendiaten.

Anknüpfend an meinen letzten Besuch in der Ukraine als Wahlbeobachter zu den Parlamentswahlen 2006 boten die Gespräche eine weitere Möglichkeit, die intensiven Kontakte zwischen Deutschland und der Ukraine auf der Parlamentarier Ebene fortzusetzen.

Die Abgeordnete Natalia **Prokopowytsch (NU)** berichtete von den Schwierigkeiten der Formierung eines Orangen Wahlblocks. Die Möglichkeiten der Bildung einer einheitlichen Partei seien bereits bei den letzten Wahlen nicht ergriffen und von den Ambitionen einzelner Politiker verhindert worden. Daraufhin diskutierten wir die unterschiedlichen Möglichkeiten und Rechte der Opposition auch am Beispiel Deutschlands.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses **Witaly Schybko**, stellte grundsätzlich die bekannte Position SPU dar. Er kritisierte, dass das Abkommen zwischen politischen Akteuren, also zwischen Juschtschenko und Janukowitsch, nun das politische Leben bestimme und nicht mehr die Verfassung. Er befürchte Fälschungen bei den vorgezogenen Neuwahlen. Seine Partei (SPU) sei nicht gegen Wahlen, verlange aber, dass das Gesetz eingehalten werde. Hinsichtlich der Einhaltung des geplanten Datums 30.09. äußerte Schybko Zweifel.

Zum einen aufgrund von organisatorischen und logistischen Gründen, die die Zentrale Wahlkommission bis dahin nicht gemeistert bekommen würde, zum anderen, weil ohne eine Verfassungsreform, bzw. Einhaltung gegebener Regeln, auch Neuwahlen keine Änderung mit sich brächten. Zu den Gasbeziehungen mit Russland sagte Schybko, dass ein realer Marktpreis dazu führen werde, dass die Abhängigkeit der Ukraine von Russland sinke.



Natalia Prokopowitsch (r)



Witaly Schybko (r)

Auch der **PdR-Abgeordnete Leonid Kozhara** hielt sich an die bekannte Linie seiner Partei. Zum Wahldatum äußerte er ebenfalls Zweifel. Kritik formulierte er an stark innenpolitisch orientierten Reden von ukrainischen Amtsträgern während der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Russland sehe er Fortschritte. Darüber hinaus betonte er aber auch das Interesse an der Schwarzmeerkoperation/BSEC, äußerte gleichzeitig Zweifel an der Sinnhaftigkeit von GUAM durch Fehlen einer spezifischen Aufgabe und hob aber Ukraines Ambitionen eine Führungsrolle in der Region zu spielen hervor. Ein einheitlicher Wirtschaftsraum mit Russland sei zwar wünschenswert, allerdings nur im strikten Rahmen dessen, was ein künftiges Freihandelsabkommen mit der EU gestatte. Die Beziehungen zu Russland seien sowohl in der „Atmosphäre“, wie auch im „Mechanismus“ geschwächt. Die zahlreichen Themen würden anstatt auf der Arbeitsebene, immer zunächst auf der höchsten politischen Ebene besprochen, was für konkrete Lösungsstrategien, allein schon wegen dem Umfang, ineffektiv sei.

In einem vom Pressereferenten gegebenen Mittagessen kam es zu einem regen und offenen Austausch mit **Journalisten** über die aktuelle politische Situation in UKR. Vorherrschende Meinung der Journalisten war, dass es zu Neuwahlen kommen werde, aber sich an der politischen Gesamtkonstellation durch die Wahlen wenig ändern werde. Großes Interesse seitens der Journalisten bestand am Stand der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine sowie Deutschland und der Ukraine. In einem anschließenden für die Wirtschaftstageszeitung "Ekonomitschiskije Iswestia" gegebenen Interview ging es vor allem für Fragen der Energiepolitik (Energieeffizienz und -quellen).

Der neue stellvertretende Sekretär des **Sicherheits- und Verteidigungsrates, Igor Drizhtschany**, zeichnete ein sehr "orangenes" Bild der Ukrainischen Bemühungen um den Transnistrienkonflikt, verwies auf den mittlerweile überholten Juschtschenko-Plan von 2005 und stellte sich als Anhänger des „5+2 Formats“ dar. Er bemerkte, der Präsident der Republik Moldova Voronin und Präsident Putin würden in ihren Verhandlungen vermutlich das Ziel einer Implementierung von "Kosak II" - einem Gesamt-Moldova unter russischer Kontrolle bei Ausschaltung des von Russland angeblich fallen gelassenen Smirnow, diskutieren. Er glaube aber nicht an ein Geheimabkommen, da dessen Umsetzung sowieso früher oder später öffentlich wahrgenommen werden würde. Bestehende Kontakte von Drizhtschany zu seinem Russischen Counterpart waren nicht erkennbar.



Igor Drizhtschany (Bildmitte)

Im Rahmen eines vom Wirtschaftsreferenten der Deutschen Botschaft gegebenen Mittagessens habe ich unter Beteiligung der **Delegierten der Deutschen Wirtschaft Karin Rau** ein Informationsgespräch über die wirtschaftliche Situation der Ukraine, insbesondere den Stand und die weiteren Entwicklungschancen des bilateralen Handels erhalten. Themen wie Energiesicherheit, Energieeinsparung und Nutzung alternativer und erneuerbarer Energiequellen scheinen in der Ukraine zwar im Gespräch zu sein, haben aber bisher keine konkreten Entwicklungen folgen lassen. Die Deutsch-Ukrainische Wirtschaft scheint zu boomen. Unvermeidlich kam es dabei auch zu einer längeren Diskussion der Visathematik und der Klage deutscher Unternehmer über lange Wartezeiten für ihre Kunden. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die deutsche, bzw. EU-Visapolitik zu streng ist. Das kürzlich abgeschlossene **EU-Visa-Abkommen** ist reine Kosmetik, zum Beispiel ist das persönliche Vorsprechen aller Antragsteller sowie auch die Kosten für ein Visum unzumutbar und auch kontraproduktiv. Persönliche Vorsprache sollte variieren und nur in einzelnen Fällen stattfinden. Schwarze Schafe gibt es immer. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich sollten längerfristige Visa möglich sein. Eine zentrale Schengenvisa Annahme der EU mit vereinheitlichten Verfahren wäre effektiver, da sich die bisherige Koordinierung mit den weiteren EU-Mitgliedern schwierig zu gestalten scheint. (ca. 25.000 Schengenvisa werden pro Jahr vergeben)

Bei einem von der Botschaft gegebenem **Abendessen mit Vertretern der Zivilgesellschaft und jungen Rada-Abgeordneten** standen die Themen Wahlvorbereitung und Medienfreiheit im Mittelpunkt. Der Vorsitzende der NRO "UKR Wählerkomitee", Popow, äußerte Zweifel an der Unabhängigkeit und vollen Arbeitsfähigkeit der zwischen Präsident und Regierung gespaltenen "Zentralen Wahlkommission (ZWK)". Die Medienkoordinatorin der PdR-Fraktion, Lena Bondarenko, kritisierte Juschtschenko scharf wegen dessen angeblich massiver Einflussnahme auf Frequenzvergaben der staatlichen Regulierungsbehörde "Nazrada" zugunsten orangener Medien.

**Ian Boag, Leiter der Europäischen Kommission**, bemängelte ein „Lack of perception“ in der Ukraine, wie im Ausland die internen politischen Krisen aufgenommen werden. EU habe aber auf die Orangene Revolution nicht aktiv genug reagiert.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die Enttäuschung in Juschtschenko groß ist, dass er die Chancen der Orangenen Revolution 2005 nicht genutzt hat. Starkes Auftreten jetzt während der Verfassungskrise im Mai hat ihn als Handlungsfähig aufsteigen lassen.

Das Jahr hat gezeigt, wo die Löcher im System sind. Wahlrecht, Oppositionsgesetz, Gesetz über die Regierung, Gesetz über den Präsidenten, Ausführungsgesetze zur Verfassung etc. müssen überarbeitet werden. Verfassungsänderungen sind dringend notwendig. So ist zum Beispiel die Venedig Kommission auch mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung befasst. Das Problem dabei ist, dass diese ein relativ traditionelles Demokratieverständnis haben, das zu wenig auf die spezifischen Situationen vor Ort eingeht. Zum Beispiel insistieren sie gegen das imperative Mandat, das in der gegenwärtigen Situation in der Ukraine jedoch durchaus sinnvoll wäre, da nicht von Parteien und Fraktionen, sondern nur von reinen Interessenvertretungen, ausgegangen werden kann und ein hin und herlaufen, an und abkaufen von Lobbyisten tatsächlich verhindert werden muss.

Die Effektivität der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Ausgestaltung des Aktionsplanes werden relativ kritisch angesehen, bzw. sogar relativ wenig Bedeutung geschenkt. Die laufenden Verhandlungen zum „Enhanced Agreement“ scheinen jedoch gut voran zu kommen.

In Odessa besuchte ich das **Katastrophenschutz –und Koordinierungszentrum** am Schwarzen Meer, ausgelagertes Zentrum des Ministeriums für außerordentliche Situationen in Kiew. Ihre Hauptaufgabe umfasst die Suche und Rettung von Menschen sowie die Beseitigung von Verschmutzung im Meer, Kooperation mit den weiteren Schwarzmeerländern, Internationale jährliche Schulungen. Hauptprobleme liegen bei finanzieller und technischer Ausstattung

(Instrumente: Ölsperren, Sammellager ((nur skandinavische Firmen)), Ölpumpenanlagen)

**EUBAM**, EU-Border Assistance Mission für Moldova und die Ukraine, das im November 2005 für zunächst 18 Monate angelegte Mandat gilt als Erfolgsprojekt der EU. Wird im November nach beidseitiger Anfrage aus Moldova und der Ukraine voraussichtlich verlängert werden. Ziel der EUBAM ist es, eine verbesserte und verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Republik Moldova und der Ukraine in Grenz-, Zoll-, und Steuerangelegenheiten zu erreichen. Weiterhin umfassen die Aufgaben Hilfestellungen und Ratschlag bei den Grenz- und Zollkontrollen und den Grenzüberwachungstätigkeiten. Dabei beraten die BAM-Experten die jeweils für den Personen- und Warenverkehr zuständigen Behörden und sind gleichzeitig auch an den Grenzposten präsent. Derzeit beteiligen sich an der Mission 16 Mitgliedstaaten. Die Kooperation scheint nach anfänglichen Schwierigkeiten, auch mit den Ukrainern und Moldauern extrem gut zu funktionieren. Das größte politische Problem derzeit stellen die Transportwege für die Industrie und Firmen in Transnistrien, die Rohmaterial ex- und importieren müssen.



## Moldova

Ein dichtes Besuchsprogramm bot mir auch in Moldova ein umfassendes Bild der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Lage. Wichtigste Gesprächsthemen waren Europäische Integration, Transnistrien, wirtschaftliche Lage.

Der **Reintegrationsminister Vasily Sova**, der als Vertrauter von Präsident Voronin im Kabinett gilt, hat durchgehend russisch gesprochen, obwohl er gut moldauisch bzw. rumänisch versteht.

Er berichtete, dass seit dem Scheitern des Kozak Plans 2003 sich die Beziehungen zu Russland verschlechtert haben, politisch wie wirtschaftlich, Beispiel: russisches Weinembargo. Beim letzten Treffen zwischen Präsident Voronin und Putin am 22.6.2007 sei verabredet worden, einen Arbeitsplan zur Lösung der Transnistrienfrage bis zum nächsten Treffen im August 2007 zu erarbeiten. Es gebe keinen Geheimplan, auch wenn halb Europa darüber spekuliere. Festzuhalten sei, dass sich Russland als schwieriger, wenig kompromissbereiter Verhandlungspartner erweise. Eine endgültige Lösung sieht auch er nur im europäischen Rahmen und innerhalb des „5+2“ Formats. Sova führte konzise, ohne Gesprächsunterlage, zu dem Verhandlungspaket aus, die allen Konfliktparteien vorliegen würden:

1. Militärpolitischer Plan: MLD bleibt neutral, keine NATO Mitgliedschaft, keine ausländischen Truppen auf MLD Territorium. Dazu gemeinsame, schrittweise Entmilitarisierung, beginnend mit Abzug schwerer Waffen (womit die russischen Munitionslager in Transnistrien gemeint sein dürften). MLD brauche ein bestimmtes Kontingent an Soldaten, aber keine große Zahl. Auf Nachfrage: RUS müsse Istanbul Verpflichtungen erfüllen, MLD sage Neutralität zu, wenn auch nicht für ewig.

2. Vertrauensbildende Maßnahmen: Die (aus MLD Sicht illegalen) Privatisierungen TRA werden anerkannt.

3. Status von TRA: Selbstverwaltung innerhalb der Republik Moldova, eigenes Parlament und Regierung, Haushaltsautonomie (auf Nachfrage: Steuererhebung in TRA erst nach der Lösung, etwa ein Siebtel des Staatshaushaltes für TRA; Eigentums- und Haushaltsfragen seien kompliziert, auch wenn MLD kein föderaler Staat werden sollte, habe man die deutsche Finanzverfassung genau untersucht) Gute Vorlage der OSZE von März 2006

4. Drei amtliche Sprachen (russisch, ukrainisch, rumänisch/moldauisch)

5. Rechtstaatliche Garantien: alle Bürger gleichberechtigt (dies gelte auch für den TRA „Präsidenten! Smirnov), mit einer Ausnahme: das Tiraspoler Ministerium für Sicherheit unter Leitung von Afdayef (der schon im Baltikum sein Unwesen getrieben habe) mit etwa 10 Personen sei die einzige Einrichtung, für die eine Garantie auf Straffreiheit nicht gelten könne. Diese Personen, die eng mit dem russischen Sicherheitsapparat verbunden seien, müssten Moldovas Territorium verlassen, wonach ihnen Verzicht auf weitere Strafverfolgung zugesichert werde. Hierüber sei bereits mit der russischen Seite offen gesprochen worden.

6. Status müsse durch entsprechende Verfassungs- und Gesetzesänderungen gesichert werden, die auf dem gesamten Territorium MLDs Geltung haben müssten und vom Parlament ratifiziert werden; dazu vorgezogene Neuwahlen mit Zusicherung transnistrischer Vertreter im neuen Parlament, ähnlich der Vertretung Gagausiens; eigenes Parlament und eigene Verfassung in TRA, die aber der Verfassung MLDs nicht widersprechen dürfe und dieser untergeordnet sei.

Zusammenfassend bekräftigte Sova noch mal, dass die Vorteile des Paktes seien, dass alle Teilnehmer den Plan kennen würden, es Garantien und vertrauensbildende Elemente und keine Überraschungen gebe. Diese moldauische Position sei wohlbekannt, es gebe keine Geheimnisse und selbstverständlich werde dies im Rahmen 5+2 behandelt werden, auf der Grundlage eines konkreten Dokuments. Hauptproblem bleibe, Russland zu überzeugen, dass eine solche Lösung in aller Interesse liege. Der Plan Moldovas sei hoffentlich gut genug zur Lösung dieses Konflikts, der im Übrigen nichts mit anderen Konflikten zu tun habe. Moldova strebe eine Lösung noch innerhalb Putins Amtszeit an und hoffe auf Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten, darunter vor allem Deutschland.

Sova ist, eine der wenigen

„Stimme seines Herrn“ Präsident Voronin. Es kann keine Rede davon sein, dass dieser Plan, auch wenn er angeblich seit einiger Zeit existiert, wohlbekannt ist – im Gegenteil. Die krampfhaft, gewollte oder ungewollte Geheimhaltung einer an sich vernünftigen Verhandlungsposition hat zu vermeidbaren Spekulationen und, schlimmer, dazu geführt, dass Moldova bei seinen Gesprächen mit Moskau alleine dasteht. Entsprechend scheinen die Ergebnisse zu sein, jedenfalls ist bisher nicht erkennbar, dass Moldova für seine Vorleistungen (zuletzt die Haftentlassung des früheren Verteidigungsministers Pasat) eine Gegenleistung erhalten hätte.



Das Gespräch im Institute **for Public Policy mit Direktor Barbarosie, Programmdirektor Nantoi** (nicht-staatlich, Hauptfinancier Open Society Foundation von Georg Soros) verlief wesentlich pessimistischer. Zwar habe Russland einige Probleme in Transnistrien, unter anderem weil es keinen Nachfolger für Smirnov gebe, der Wahlen gewinnen könne, aber gleichzeitig auf Moskau hören wolle. Auch stünden die Exportinteressen der großen Unternehmen zunehmend im Widerspruch zur politischen Linie. Schon vor der letzten Wiederwahl Smirnovs habe man sich nur mühsam auf einen Kompromiss einigen können, der Smirnovs Wahl gesichert habe und im Gegenzug die Monopolstellung von Shariff unangestastet lasse. Grundsätzlich sei aber weder Grund noch Anlass für Russland zu erkennen, Truppen aus Transnistrien abzuziehen und eine Lösung des Transnistrien Problems zu ermöglichen. Zwar sei es richtig und notwendig, dass sich die Regierung Moldovas um eine Lösung bemühe, die Gespräche zwischen Präsident Voronin und Putin ließen aber wenig Gutes erwarten; wahrscheinlich ginge es Voronin dabei vor allem darum, seine und die Zukunft seiner Familie nach dem Ausscheiden aus dem Amt 2009 zu sichern. Russland habe seine Strategie auch geändert. Früher ging es ihnen hauptsächlich darum, kriminelle Wirtschaftsstrukturen in ihrem Sinne zu erhalten, mittlerweile ginge es ihnen lediglich darum ein Verhandlungspoker zu behalten. Die Lebenssituation in Transnistrien selber sei für viele sehr schwierig, weil durch Propaganda die Menschen in Angst gehalten werden. Das System beruhe auf alten Sowjetstrukturen, was sich auch durch personale Strukturen zeigt: Der Minister für Sicherheit Afdayef käme vom KGB.

Die ENP und ihre Aktionspläne würde der Transnistrienproblematik aber auch insofern helfen, weil sowohl Moldova wie auch die Ukraine sich an die Vorgaben der EU, wie auch durch Einrichtungen wie EUBAM, halten müssen, die doch stark konditionierend wirken würden. Jedoch war der Aktionsplan zu ambitioniert, so dass jetzt große Enttäuschung auftritt, was wiederum Motivationshemmend und somit kontraproduktiv ist. Was in der ENP aber Fehlen würde ist „Quality measurement“, lässt zu viel Interpretationsspielraum.



Oazu Nantoi (links), Dr. Arcadie Barbarosie (2.v.l.)



Botschafter Nikolaus Graf Lambsdorff (r)

**Parlamentspräsident Marian Lupu**, ehemaliger Wirtschaftsminister der vorzügliches Englisch spricht, zählt zu den führenden potentiellen Präsidentschaftskandidaten in 2009. Seiner Meinung nach gehe es jetzt darum, Moldova als direkten Nachbarn der EU bekannter zu machen; er habe den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages eingeladen. Moldova werde nicht versuchen, die EU unter Druck zu setzen; er habe seine Parlamentskollegen bisher mit Erfolg davon abhalten können, EU Aufnahmeanträge oder ähnliches zu formulieren. Auch für Moldova gelten die Kopenhagener Kriterien, und natürlich gebe es Demokratiedefizite. Mehr als 70% der Bevölkerung befürworten EU Integration, dazu gebe es keine Alternative. ENP PLUS sei der richtige Ansatz gewesen, leider zurzeit nicht möglich. Kooperationsabkommen sei ein eher technisches, aber nicht genügend konkretes Dokument, das über den 30.06.08 für etwa ein Jahr verlängert werden sollte, um Zeit für Entwicklung weitergehender Zusammenarbeit zu gewinnen. Wichtig sei nicht der Titel des künftigen Dokuments, sondern dessen Botschaft an Moldova. Lupu betonte, dass auf Dauer eine politische Orientierung nach Westen bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Osten gefährlich sei, auch deswegen seien asymmetrische Handelspräferenzen mit der EU für Moldova wichtig. Er bedankte sich für die Aufnahme Moldovas in das BT Stipendiatenprogramm. Der eigentlich erstaunlich gut informiert wirkende Lupu klagte aber auch, dass in Moldova niemand über die Nachfolge von TACIS für die finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU informiert sei. Er gab darüber hinaus auch deutlich zu verstehen, dass auch er über die Gespräche von Präsident Voronin mit Moskau nicht unterrichtet sei. Für ihn gebe es keine Alternative zum Format 5+2 zu Lösung des Transnistrienkonflikts. Wichtiger noch als politische und wirtschaftliche, sei die psychologische Unterstützung der EU für Moldova.

Kein anderer Moldauische Politiker scheint sich öffentlich so professionell und überzeugend wie Lupu im In- und Ausland einzusetzen, um zum einen Moldova und zum anderen die EU bekannt zu machen und voranzubringen. Innenpolitisch dürfte sich seine Position nach den jüngsten Kommunalwahlen durch die Niederlage der kommunistischen Partei, der auch er angehört, nicht verbessert haben.



Der neu gewählte **Oberbürgermeister Dorin Chirtoaca** (28 Jahre, stv. Vorsitzender einer der vier liberalen Splitterparteien, mehrere Fremdsprachen, professionell: jedes Gespräch mit Kameras und anschließendem stake out) äußerte Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit der Partnerstadt Mannheim zu kommunalen Themen. Mit dem Fehlen finanzieller Mittel wird sich die Aufgabe Reformen und Modernisierung der Kommunen voranzutreiben sehr schwierig gestalten.

Chirtoaca legt aber auch großen Wert auf Vergangenheitsbewältigung, Verurteilung des Kommunismus und plant somit (wie in Estland) eine Gedenkstätte für den russischen Soldaten (russisches Ehrenmahl) umzusetzen.

Chirtoaca wird im Stadtrat eine politische Koalition gegen die Kommunistische Partei schmieden müssen. Gelingt dies nicht, wird er seine Position nicht halten können – und die Opposition eine goldene Gelegenheit verstreichen lassen, zu zeigen, dass es 2009 eine politische Alternative zu den Kommunisten geben kann.



Oberbürgermeister Dorin Chirtoaca (2.v.r)

Bei einem von der Botschaft gegebenen **Abendessen mit deutschen Wirtschaftsvertretern** (EBRD, IHK) und Unternehmen (Südzucker, Riecker) stand die wirtschaftliche Lage, insbes. in der Landwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt im Vordergrund. Moldova habe im vergangenen Winter niedrigste je gemessene Niederschläge mit bis zu 80%weniger Wasser gehabt. Die im Frühjahr folgende Dürre habe u. a. die Weizenernte um bis zu 75% reduziert, mit katastrophalen Folgen nicht für den in Moldova sehr erfolgreichen Investor Südzucker, sondern auch für die Subsistenzbauern.

Der Arbeitsmarkt bleibe von Abwanderung geprägt, es herrsche akuter Facharbeitermangel und „brain-drain“. Berufsausbildung sei, wenn überhaupt vorhanden, stark veraltet, Absolventen nutzten die erste Gelegenheit, einen Arbeitsplatz im westlichen Ausland oder Russland zu finden, auch wenn es wegen zu hoher Lebenskosten bereits Rückkehrer aus Moskau gebe. Das Investitionsklima sei eigentlich verhältnismäßig positiv, mit zum Beispiel einer niedrigen Unternehmensteuer.

Bei weiteren unterschiedlichen Gesprächen mit der NRO ADEPT, mit den Vertretungen der OSZE, EU KOM, EUSB und des Europarats, der Vertreter der POR EU Ratspräsidentschaft sowie zahlreichen Medienvertretern, Journalisten ließen sich die kritischen Perspektiven weiter schärfen.